

Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig, Adolphstr. 10, 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: C. F. W. Siedel, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Frangierlohn monatlich 1 80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4 00 M., unter Kreuzband zur Deutschen und Österreichischen Post 2 50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftszeit: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 111.

Dresden, Mittwoch den 15. Mai 1918.

29. Jahrg.

Um demokratischen Fortschritt!

Die Wahlrechtsvorlage ohne Wahlrecht. — Eine Erklärung der preussischen Regierung.

Ein zäher Kampf.

Unser politisches Leben steht im Zeichen des zähen Kampfes um Fortschritt in demokratischer Richtung. Der eine Teil dieses Kampfes spielt sich im preussischen Landtag ab. Die gestrigen Verhandlungen des Dreiklassenhauses über die Wahlrechtsfrage sind so ausgefallen, wie erwartet wurde. In der Wahlrechtsvorlage ist dort, wo die Bestimmungen über das Wahlrecht stehen, eine Lücke. Es ist sowohl das gleiche Wahlrecht abgelehnt worden, wie der Antrag Lohmann, wie auch das Wahlrechtswahlrecht, das von der Kommission vorgeschlagen wurde. Die Vorkämpfer haben anders wie in der zweiten Lesung, gegen die Kommissionsvorläufe gestimmt und die Mehrzahl der Zentrumleute, die in der zweiten Lesung gegen das gleiche Wahlrecht war, hat jetzt offenbar einen starken Grad ihrer Fraktion sich zugeeignet, dafür gestimmt. Aber das hat nicht verhindern können, daß eine klaffende Lücke an der entscheidenden Stelle der Wahlrechtsvorlage geblieben ist. Die Debatte gab noch mehr Gelegenheit, auf die Unmöglichkeit der von Herrn Lohmann gemachten Vorschläge hinzuweisen, durch die die Arbeiter, die ihr Leben fröhlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit opfern müssen, ebenso benachteiligt werden, wie die aus dem Heeresdienst heimkehrenden, von denen viele nicht darauf rechnen können, das 50. Lebensjahr zu erreichen, von dem an sie eine Zusatzstimme erhalten sollen. Dieser Antrag Lohmann ist ja überhaupt ein Verlegenheitsprodukt schlußhafter Art. Wie unfinnig ist es doch in der gegenwärtigen Zeit, allen Selbständigen eine Zusatzstimme zu geben, wo oft ein tüchtiger Arbeiter in einer großen Fabrik eine unendlich wertvollere Leistung leistet und für das wirtschaftliche Leben wichtiger ist, als irgendein kleiner Handwerksmeister oder Krämer.

Nach den Abstimmungen hat die Regierung das, was sie eben mindestens tun mußte, wenn sie überhaupt nur noch einen Augenblick im Amt bleiben wollte. Sie ließ durch den Vizepräsidenten Dr. Friedberg die Auflösung des Dreiklassenhauses für den Fall ankündigen, daß das gleiche Wahlrecht auf andere Weise nicht zustande gebracht werden könnte. Sie will aber, daß erst noch einmal das Herrenhaus über die Vorlage berät. Es hätte wie eine Entscheidung gewirkt, wenn die Regierung die Verhöhnung des Volkes, die die Behandlung des Wahlrechts im Dreiklassenhaus darstellt, mit der sofortigen Auflösung beantwortet hätte. Aber dazu fehlt ihr die Kraft und so wird die Erledigung der Frage hinausgeschoben. Die Regierung hat es sich selbst zugesprochen, wenn der Wahlrechtsentwurf so in den Druck geraten ist. Hätte sie von Anfang an klar und deutlich erklärt, daß sie ein Wahlrechtsabkommen des preussischen Wahlrechts mit einer Auflösung des Landtages beantwortet werden würde, so hätte sie vielleicht eine Mehrheit im Dreiklassenhaus erhalten. So aber läßt sie die Wahlrechtsgegner die Aussicht offen, daß doch noch die Rettung vor dem gleichen Wahlrecht möglich sei. Unsere Junker und Kapitalmagnaten wissen, daß sie noch andere Wege haben, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, als den parlamentarischen. Mit der Verhöhnung der Vorlage hätte für die Regierung nichts gewonnen sein. Es kann ihr höchstens passieren, daß sie der Witterung der verbündeten Schlot- und Rauchjunker zum Opfer fällt, ehe sie dazu kommt, ihre Ankündigung wahr zu machen.

Während so in Preußen, ebenso wie in Sachsen, um ein besseres Wahlrecht gekämpft wird, ist jetzt im Reichstagsausschuß ein Vorstoß unternommen worden, dessen Erfolg einen beachtenswerten Schritt vorwärts bedeuten würde. Das ist der von den Mehrheitsparteien gestellte Antrag auf Einräumung einer Kriegszusatzgabe für Einnahmen und Verbräuche. Es soll sich hierbei ja zunächst nur um eine einmalige Steuer handeln. Aber der Anlaß, der diesen Antrag herbeiführt, hat, der ungeheure Finanzbedarf des Reiches, wird nicht sein, sondern die Absicht, die direkten Reichsteuern nicht ganz unredlich, wenn sie fürchten, daß diese Steuer in der oder jener Form sich um einen dauernden Einkommensteuern entwickeln könnte. Die Finanzminister der Einzelstaaten sind entsetzt herbeigeeilt, um sich gegen diesen unredlichen Eingriff der Reichsmehrheit in die Steuerhoheit der Einzelstaaten zu wehren. Sie halten an der Forderung fest, daß die direkten Steuern der Einzelstaaten erhalten bleiben sollen. Sie jammern da, und rechtmäßig darüber, daß ihre einzelstaatlichen Steuerpläne durch eine solche Reichsteuer durchkreuzt werden würden. Warum das der Fall sein soll, ist wirklich nicht eingesehen.

Trotz dem Reich die vielen Leute, und nur um diese handelt es sich, mit verhältnismäßig geringen Beiträgen zu einer Abgabe herangezogen, braucht die Einzelstaaten wirklich nicht daran zu hindern, die Reichsteuern auch ihrerseits nicht zu bezahlen. Es ist ja während des Krieges ja-ja davon gesprochen worden, daß alle Volksteile für die Sache des

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

mit. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 15. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kommet hatten deutsche Angriffsumernahmen großen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unser Angriff traf in der Richtung der Truppen und Infanterie den Feind an. Die feindlichen Verluste sind beträchtlich. Der Feind hat sich zurückgezogen. Der Feind hat sich zurückgezogen. Der Feind hat sich zurückgezogen.

Im südlichen Anmarsch und Somme drangen wir in kurzem Stroh an der Straße Fran-Corbie in englische Linien ein und behaupteten das eroberte Gelände gegen zweimaligen Gegenangriff des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhaftes Artilleriefeuer an. Bei Faiders-Brücken, südwestlich der End und über die der Feind sich zurückgezogen. Auf dem westlichen Anmarsch griff der Feind unsere Linien der Gabel an. Unser Artilleriefeuer wurde er zurückgedrängt.

In einzelnen Abschnitten Erfolge.

Unser Artilleriefeuer schloß gestern fünf feindliche Geschütze ab. In den Kampfzonen sehr reger nächtlicher Märsch. Wir bewachen Gelande, Kanäle und andere wichtige Punkte. In einzelnen Abschnitten Erfolge.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Waterlandes Opfer bringen müßten. Die Waffen haben sich aber genug unter dem Krige gestellt und man braucht wirklich mit den reichen Beuten, die zum Teil während des Krieges noch erheblich reicher geworden sind, nicht das geringste Mittel zu haben. In ihren Geldbeutel kann tüchtig gegriffen werden. Man kann nur wünschen, daß der Reichstag sich durch die Herren Finanzminister nicht hänge machen läßt. Er hat diesmal die Regierung in der Hand, indem er einfach eine ihm genehme Wahlrechtsvorlage zusammen mit den übrigen Vorlagen in ein Gesetz hineinarbeitet, und wir möchten mal sehen, ob der Bundesrat es wagen wird, sämtliche Steuererhöhungen zu Fall zu bringen, bloß weil eine Regierung mit dabei ist. Ein solches Verhalten würde einen Schrei der Entrüstung bei dem weitaus größten Teil des deutschen Volkes auslösen, der auch den Herren vom Bundesrat recht unangenehm in den Ohren klingen würde.

Gerade die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, wie schwer in Deutschland jeder politische Fortschritt erkämpft werden muß, aber sie lassen doch die Hoffnung nicht unberührt erscheinen, daß es noch dem Reiche in Deutschland doch innerpolitisch wenigstens etwas anders ausfallen wird, als früher. Schließlich die Hauptarbeit wird dann erst zu leisten sein. Aber wir können uns der Hoffnung hingeben, daß es uns gelingen wird, in Zukunft die politische Entwicklung in Deutschland weiter vorwärts zu bringen. Die Erfahrungen des Krieges dürfen auch so manchen, der bisher der Reaktion Gefolgschaft leistete, oder unglücklich absetzte, darüber aufklären, wozu er gehört und was er tun soll. Die Sozialdemokratie in den Stand setzen, den Kampf für Fortschritt und Freiheit in Zukunft mit noch größerer Kraft zu führen, als ehedem.

Der verschlungene Wenz.

Jetzt aber nie hat der richtige Augenblick für die Auflösung des Dreiklassenhauses gekommen. In dieser Stunde, in der wir nach die Frage sein kann, was bei der Mehrheit geblieben ist, über die Wahlrechtsfrage aber ihre gesetzgeberische Unfähigkeit, genügt ein Landtag, um dem ganzen Schandbild ein Ende zu machen. In kürzester Zeit sollte ein neues Abgeordnetenhaus bestehen, das trotz dem Dreiklassenwahlrecht, dem es seine Entstehung verdankt, das gleiche Wahlrecht ohne weiteres annimmt. Die Regierung hat es nicht so gemacht.

Statt dem kurzen Wege, der vor ihr lag, hat sie einen langen, blödsinnigen Weg eingeschlagen, auf dem es noch so allen möglichen Schwierigkeiten und Zusammenstößen kommen kann.

Nun kommt noch eine dritte Lesung im Abgeordnetenhaus. Bis dahin werden alle Verhandlungsmöglichkeiten sich die Hände abwaschen, um nach ein Kompromiß zustande zu bringen. Wird der 3. in der dritten Lesung in irgendeiner Form wiederberufen, so ist gar noch eine fünfte Lesung nötig. Werden in dieser die Vorläufe der dritten Lesung unüberwindlich angenommen, so kommt die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurück, so muß die Vorlage an das Abgeordnetenhaus wieder zurückgehen. Das Spiel geht weiter, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Es ist ein solches Spiel und Her, das notwendig die politische Entwicklung im Lande festigen muß, mit der Kriegslage verträglich ist, als der kurze Weg einer Auflösung mit darauffolgendem Neuwahltag, mag manchem doch höchst fraglich erscheinen. Sollte man nun nach der Forderung des Reichstages, daß sich die Reichswahlen in voller Ruhe und Ordnung abspielen werden, ob das aber zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem durch solche Verhandlungen und Entschärfungen die Gefahr noch mehr abgemildert ist, noch möglich sein wird, kann

nirgendwo liegen. Es besteht auch ein offener Widerspruch darin, daß die Regierung einerseits von einer „gemeinsamen Front“ spricht, andererseits aber die Auflösung erst für einen Zeitpunkt in Aussicht stellt, in dem sie mit der Kriegslage verträglich sein wird. Wie sollen selber Gottes durchaus nicht, wie lange die Kriegslage noch dauern wird, und darüber, was mit ihr verträglich ist, werden die Meinungen nicht geteilt sein. Kein Wunder also, wenn sich die Wahlrechtsgegner nicht von einer Forderung scheiden lassen, hinter der sie den wirtschaftlichen Mut zur Tat nicht mehr verlieren.

Die Forderung der Regierung bleibt nach wie vor auf dem Kompromiß gerichtet, das in der dritten Lesung oder im Herrenhaus aufzuheben sein soll. Aber jetzt schon sieht sich, daß dieses Kompromiß nichts bringen kann, was als eine lokale Durchbrechung der Wahlrechtsfrage betrachtet werden könnte. Es also etwas zustande kommen, oder nicht zustande kommt, auf alle Fälle geht der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen weiter, und das Volk muß sich rechtzeitig darauf einstellen.

Sächsische Wahlrechts-Debatten.

Die zweite Kammer des Landtags beschäftigte sich gestern erneut mit der Frage einer Reform des Landtagswahlrechts. Es stand der Antrag des Verfassungsausschusses zur Beratung, der fordert, an Stelle des jetzigen Mehrklassenwahlrechts ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zu setzen, in Verbindung mit der Gewährung von Zusatzstimmen, für die in erster Linie das Lebensalter, nicht aber Vermögen, Grundbesitz oder Bildungsergebnis maßgebend sein sollen. Daneben lagen noch sozialdemokratische und sozialistische Widerrechtsanträge vor, die das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht ohne jede Einschränkung verlangen. Der obige Antrag des Verfassungsausschusses rührt von national-liberaler Seite, in erster Linie vom Abg. Dr. Schmitt her, der den in dem Antrage entsprechenden Standpunkt schon in der ersten Zeit der Wahlrechtsberatungen in der Deputation vertrat, aber dann anscheinend auch bei seinen Fraktionskollegen allein blieb. Diese vereinigten sich vielmehr auf einen Antrag des Herrn Petner, der nur eine Prüfung der Wahlrechtsfrage von der Regierung forderte, und zwar darauf hin, ob das jetzt geltende Landtagswahlrecht abgeändert und die jetzige Verhältnisse in der Bewertung der Wähler der Einführung der Verhältniswahl gemindert oder beseitigt werden kann. Je nach dem Ergebnis dieser Prüfung sollte dem Landtage eine Vorlage oder eine Denkschrift vorgelegt werden. Der demokratische Antrag war weisse Salbe. Er wollte die Wahlrechtsfrage auf eine spätere Zeit verschieben, wo voraussichtlich die Ausschüsse für eine Wahlrechtsreform viel ungünstiger wie jetzt und daher gar nichts zu erwarten sein würde.

Angesichts hat sich in der national-liberalen Landtagsfraktion eine Wandlung vollzogen. Herr Petner ist mit seinen wahlrechtsfeindlichen Absichten in der Minderheit geblieben, während die Richtung Schmitt die Oberhand gewonnen hat. Dabei hat man sich im national-liberalen Lager, wie jetzt zutage tretend ist, von der Ansicht lösen lassen, daß eine ablehnende Haltung gegen die Wahlrechtsreform den Nationalliberalen zum Schaden gereichen, den Sozialdemokraten aber ein großes Hebergewicht bei den nächsten Wahlen verschaffen würde. Es waren also politische Zweckmäßigkeitsgründe, aber nicht ein Streben nach politischer Gleichberechtigung, die bei den Nationalliberalen zu diesem immerhin bemerkenswerten Umkehrpunkt Anlaß gegeben haben, doch reichte auch unter solchen Umständen ihr Reformtrieb nicht bis zum allgemeinen gleichem Wahlrecht. Sie wollen noch Zusatzstimmen haben, die jedoch nicht nach Einkommen oder Vermögen oder Bildungsergebnis gewährt werden sollen, wie jetzt, sondern in erster Linie nach dem höheren Lebensalter. Eine solche „Ergänzung“ des allgemeinen Wahlrechts würde allerdings mehr ein „Schonke-Verschleier“ sein, aber kann das Zimmergenötigt bei Wahlen irgendwie beeinflussen. Ja, es fehlt nicht an Stimmen, die sogar behaupten, diese Zusatzstimmen würden den Oppositionsparteien, in erster Linie der Sozialdemokratie, zugute kommen. Wer wollen das behaupten sein lassen; die Sozialdemokratischen Vertreter im Landtage konnten aber für diesen Antrag stimmen, nachdem sie herausgestellt hatte, daß für weitergehende Wahlrechtsforderungen keine Mehrheit in der zweiten Kammer erreichbar war. Dabei geben wir unsere weitergehenden Forderungen nicht preis; das trat auch dadurch zutage, daß der sozialdemokratische Antrag als solcher der Zusatz-Widerrecht wieder eingebracht wurde.

Bei der gestrigen Beratung nahm zunächst der Nationalliberal Dr. Wichmann das Wort, der allerdings nichts weniger als Befürwortung für eine Wahlrechtsreform an den Tag legte. Ja, manche seiner Ausrufungen waren durch wahlrechtsfeindlich an. Was seiner Rede ganz besonders „hat“ hervor, daß die Nationalliberalen sich nur von Zweckmäßigkeitsgründen, aber von keinerlei Liebe für eine freie Wahlrechtsreform leiten lassen. Die nun folgende Rede des Minister des Innern, des Herrn Sigismund, war wirklich nicht geeignet, die Zustimmung auf eine halbe Wahlrechtsreform zu besorgen. Seine ganze Rede hatte einen durchaus wahlrechtsfeindlichen Charakter. Seine Abneigung gegen demokratische Regierungsformen und das gleiche, allgemeine Wahlrecht trat besonders deutlich zutage. Dabei hing er fast an, die hart an das Wahlrechtsreform die Wurzeln der Einführung der Verhältnisse aller Wahlrechtsreform in den Jahren 1848 zu erkennen. Bei demokratischen Wahlen solle nach dieser Ministerrede an Stelle der Heberzeugung der Gleichberechtigung